

Frauenbeitrag

Schlecht bezahlt und nicht gewürdigt

Tätigkeiten, die in einem Haushalt von Außenstehenden gegen Bezahlung verrichtet werden, gelten als haushaltsnahe Dienste. Dabei stehen sich als Arbeitgeber/-innen und Arbeitnehmer/-innen überwiegend Frauen gegenüber. Die Beschäftigungssituation von Hausangestellten ist heute weitgehend prekär. Ihre Arbeit ist meist ungesichert, unterbezahlt und in aller Regel ungewürdigt – ein frauenpolitisches Thema, das zunehmend an Bedeutung gewinnt. Anfang Oktober war ich daher auf einer Fachtagung des Deutschen Frauenrates in Hannover.

Die Gründe für den steigenden Bedarf an haushaltsnahen Diensten sind vielfältig. Der wichtigste Grund ist vermutlich, dass Frauen zunehmend erwerbstätig sind und damit ihre zeitlichen Ressourcen für die unentgeltliche Haus- und Sorgearbeit sinken.

Gleichzeitig ändert sich langsam auch das Rollenverständnis; viele Frauen wollen z. B. eine häusliche Pflege nicht mehr selbst übernehmen und viele ältere Pflegebedürftige möchten lieber von einer neutralen Person solche Dienste in Anspruch nehmen. Diskutiert wurde auch, warum in Deutschland ein Großteil der haushaltsnahen Dienstleistungen „schwarz“ erbracht wird. Ein Grund liegt sicher darin, dass diese ein Niedriglohnsektor sind – und solange die Konkurrenz durch die nahezu unbegrenzte unbezahlte Arbeit von Hausfrauen in relevanten Politik- und Geschäftsfeldern zur Niedriglohnpolitik genutzt werden kann, wird sich nicht viel ändern.

Legal im Haushalt Beschäftigte oft mit geringerem Lohn

Ein anderer Grund ist sicherlich, dass legal im Haushalt Beschäftigte oft einen niedrigeren Brutto-Lohn erhalten als sie brutto-für-netto in Schwarzarbeit erwirtschaften können. Um einen Brutto-Stundenlohn von 10,60 Euro (aktuelle Niedriglohnschwelle) zu erhalten, müsste ein Angebotspreis zwischen 25 und 30 Euro verlangt werden. Das können viele private Haushalte nicht bezahlen, denken wir an Menschen mit Behinderung, an ältere Menschen, die Unterstützung benötigen, um ihre Selbstständigkeit länger zu erhalten, denen aber das Geld dazu fehlt.

Zudem wird Arbeit im Haushalt in unserer Gesellschaft so behandelt, als könnte das „jede“, auch ohne Kenntnisse und Qualifikation – bei Frauen als natürliche Ressource quasi angeboren. Der Haushaltsarbeit entgeht deshalb grundsätzlich die Wertschätzung. Damit zukünftig ein Großteil dieser Dienstleistungen in legaler Beschäftigung stattfindet, müsste z. B. klar festgelegt und durchgesetzt werden, dass diese Arbeit legal ist und zu gleichen Bedingungen stattfinden muss. Dazu muss Arbeit spätestens nach einer Einarbeitungszeit gleich bezahlt werden (Entgeltgleichheits-Grundsatz). Für Haushalte mit besonderem Unterstützungsbedarf (Kinder, Pflege, Behinderung) müssten haushaltsnahe Dienste als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge angeboten werden.



Edda Schliepack
Präsidiumsmitglied
und Sprecherin der
Frauen im SoVD

Berlin-Brandenburg

Mitfühlen für den Frieden

„Mitgefühl ist eine menschliche Eigenschaft.“ Diesen Satz sollte man allen zurufen, die meinen, dass der Volkstrauertag etwas Gestriges ist. Für den Sozialverband Deutschland, der im Jahre 1917 als „Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten“ gegründet wurde, ist das Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft sowie das Gedenken an die Opfer von politischer, religiöser und rassistischer Verfolgung eine zutiefst emotionale Angelegenheit.

Da das Gedenken und Trauern an nationalen Grenzen nicht mehr halt macht, findet in jedem Jahr, am Vorabend des Volkstrauertages, eine internationale Gedenkveranstaltung des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge e.V. auf dem ehemaligen Standortfriedhof Lilienthalstraße in Berlin statt. Vertreter/-innen aus über 40 Ländern, darunter viele Botschafter, waren in diesem Jahr mit dabei. Für den SoVD legte Vizepräsident Gerhard Renner einen Kranz im Gedenken an die vielen Opfer der Vergangenheit, aber auch der Gegenwart nieder.



Foto: Herbert Schlemmer

SoVD-Vizepräsident Gerhard Renner legte einen Kranz nieder.

Aus der Erinnerung lernen

Bei der Internationalen Gedenkfeier hielt der Botschafter Italiens, Elio Menzione, die Ansprache. Alle Redner betonten: „Gedenktage, wie der Volkstrauertag, können die Welt nicht verändern. Aber sie beeinflussen unsere Sicht auf die Vergangenheit. Sie helfen uns die Gegenwart zu deuten und stiften Sinn für eine bessere Zukunft.“ Aus der Erinnerung an das Leid der Kriege und aus dem Gedenken an deren Opfer erwachse der ständige Auftrag, sich für Frieden, Freiheit,

Versöhnung, Völkerverständigung, Gerechtigkeit und ein würdiges Leben einzusetzen.

Niemand möchte, dass Eltern, Kinder oder Freunde in einem Krieg verwundet oder gar getötet werden. Man denke konkret an Afghanistan, an Syrien aber auch an die Drogentoten in Südamerika oder an den Nahen Osten, wo Menschen Leib und Leben riskieren, um demokratische Strukturen zu schaffen. Oder, was ist mit den Opfern, die Verbrecher auf dem Gewissen haben, die immer noch nationalsozialistischem Gedankengut anhängen?

Eltern, Großeltern, Schulen

und Verbände, die Jugendarbeit betreiben, müssen einen Beitrag zu einer starken Erinnerungskultur leisten. Auch der SoVD setzt sich dafür ein, dass die Erinnerung an die leidvollen Konflikte und das Wissen über den Volkstrauertag wachgehalten werden.

Arbeiten wir gemeinsam daran, dass die Jugend begreift, welche schmerzlichen Ereignisse zum Volkstrauertag geführt haben. Für das friedliche Miteinander auf unserem Planeten wäre viel getan, wenn wir alle mitfühlen würden, denn wer mitfühlt ist ein friedfertiger Mensch.

Bundesfrauenausschuss tagte unter anderem zur Situation in Frauenhäusern

Gewalt nicht länger hinnehmen

Im Oktober fand die Sitzung des Ausschusses für Frauenpolitik in der SoVD-Bundesgeschäftsstelle in Berlin statt. Themen waren die Kindervorsorgeuntersuchungen, der Equal Pay Day 2014, die Koalitionsverhandlungen, die aktuelle Situation der Frauenhäuser sowie die Minijobs.

Nach der Begrüßung durch die Ausschussvorsitzende Edda Schliepack wurden die verschiedenen Themenschwerpunkte erörtert. So berichtete Eva Risse (ZIF-Zentrale Informationsstelle Autonome Frauenhäuser, Bonn) über die aktuelle Situation der Frauenhäuser. Nach wie vor seien Schutz und Hilfe bei häuslicher Gewalt für betroffene Frauen und deren Kinder nicht immer oder nicht immer ausreichend gewährleistet. Grund hierfür seien die bestehenden Finanzierungsmängel. Vor dem Hintergrund anhaltend hoher Zahlen von gewaltbetroffenen Frauen sei dies jedoch nicht länger hinnehmbar. Edda Schliepack



Foto: Simone Real

Einsatz für Frauen: Edda Schliepack (li.) und Eva Risse.

dankte Frau Risse für ihre Ausführungen, und versprach u.a., sich weiterhin für eine verläss-

liche Frauenhausfinanzierung auf gesetzlicher Grundlage einzusetzen.

Personalien

Hartmut Marx feiert am 27. Dezember seinen 70. Geburtstag. Hartmut Marx ist seit Mai 1996 Mitglied im SoVD. Seit Mai 2007 ist er erster Vorsitzender des SoVD-Landesverbandes Baden-Württemberg und gehört somit auch dem Bundesvorstand an. Von 2007 bis 2011 war Hartmut Marx Schriftführer im Präsidium.

